

25.11.2019

Betreff: Debatte im Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 28. November über den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine öffentliche länderbezogene Berichterstattung

Sehr geehrter Herr Minister,

wir schreiben Ihnen bezüglich der bevorstehenden Debatte im Rat der Europäischen Union über die dringend nötige öffentliche länderbezogene Berichterstattung von Unternehmen (Country-by-Country Reporting). Mehr als drei Jahre nach dem Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission sind die EU-Verhandlungen kaum vorangekommen. Dies empfinden wir als sehr bedauerlich und besorgniserregend. Die Tagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit am 28. November bietet eine wichtige Gelegenheit, hier einen Konsens zu erzielen. Daher fordern wir die deutsche Regierung nachdrücklich auf, die Diskussion um die Rechtsgrundlage zu beenden und wie bereits für die Banken eine allgemeingültige Regelung für alle großen Unternehmen zu schaffen.

Steuerskandale haben gezeigt, wie große multinationale Unternehmen trotz der Einführung nicht-öffentlicher länderbezogener Berichte weiterhin verbergen, wo sie Geschäfte machen und wie viele Steuern sie zahlen.ⁱ Öffentliche Berichte könnten diese die Geheimhaltung wirksam verhindern. Auf diese Weise würde die Transparenz gestärkt und politischen Entscheidungsträgern, Bürgern, Arbeitnehmern, Journalisten, Aktionären, Investoren und Steuerbehördenⁱⁱ sowohl in der EU als auch in Entwicklungsländernⁱⁱⁱ wertvolle Informationen zugänglich gemacht werden. Untersuchungen haben gezeigt, dass die bestehenden öffentlichen Berichtspflichten für Banken bereits Gewinnverschiebung in Niedrigsteuerrländer verhindert haben.^{iv}

Auch Investoren unterstützen öffentliche länderbezogene Berichte und einige Unternehmen veröffentlichen diese Informationen sogar freiwillig.^v In diesem Jahr hat sich der weltweit größte Verbund für freiwillige Nachhaltigkeitsberichte, die Global Reporting Initiative, auf einen neuen Standard geeinigt, der öffentliche Berichte für alle berichtenden Unternehmen einführt.^{vi}

Weltweit kostet die Vermeidung von Unternehmenssteuern die Länder jedes Jahr schätzungsweise 500 Milliarden US-Dollar, während in der EU die jährlichen Verluste durch Steuervermeidung konservativ auf 50 bis 70 Milliarden Euro geschätzt werden.^{vii} Deutschland hat 2016 schätzungsweise 20 Milliarden US-Dollar durch Gewinnverschiebungen

multinationaler Unternehmen verloren^{viii} – Geld, das dringend zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen benötigt wird. Die Bekämpfung von aggressiver Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen bleibt ein wesentliches Anliegen der Öffentlichkeit in Deutschland – ein Anliegen, bei dem die öffentlichen Berichte viel bewirken könnten.^{ix}

Obwohl die Europäische Kommission einen Vorschlag vorgelegt^x und das Europäische Parlament wiederholt Fortschritte in dieser Angelegenheit gefordert hat, hat der EU-Rat die Verhandlungen mit der Kommission und dem Parlament bisher verschoben. Diese Blockade signalisiert den europäischen Bürgerinnen und Bürger, dass bei den Mitgliedstaaten kein politischer Wille besteht, die Vermeidung von Unternehmenssteuern über rhetorische Erklärungen hinaus ernsthaft anzugehen. Besonders problematisch ist der Vorschlag einiger Mitgliedstaaten die Rechtsgrundlage der Akte zu ändern. Während der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments diese Änderung ablehnt, wird sie durch den Juristischen Dienst des Europäischen Rates geprüft und unterstützt. Dabei werden jedoch bestehende Berichtspflichten nicht berücksichtigt: Der Rat der EU hat ähnliche Pflichten für Banken bereits 2013 im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens unterstützt, und es wurden weder damals noch seit der Umsetzung Bedenken hinsichtlich der Rechtsgrundlage geäußert. Wir lehnen daher die inkonsistente Analyse des Juristischen Dienstes ab und bitten die deutsche Regierung, die Blockade durch den Prüfvorbehalt zu beseitigen und anstatt dessen die Diskussionen über den Inhalt des Gesetzesvorschlages fortzusetzen und eine allgemeingültige Ausweitung der Berichtspflicht zu unterstützen.

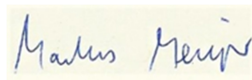
Sie, Herr Scholz, haben sich schon vor kurzem öffentlich dafür ausgesprochen, dass es öffentliche länderbezogene Berichte geben soll. Auf der Novembertagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit können Sie sich wirklich dafür einzusetzen.

Netzwerk Steuergerechtigkeit
Margaretha Eich



Netzwerk Steuergerechtigkeit
c/O WEED e.V.
Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin,
Tel. +49 30 217 99 995
www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de
[Für das Netzwerk spenden](#)

Tax Justice Network
Dr. Markus Meinzer



<https://www.taxjustice.net/>
Not-for-profit Company Limited by Guarantee,
registered at Companies House UK, Company No.
05327824
Registered address: 38 Stanley Avenue, Chesham,
Buckinghamshire HP5 2JG, United Kingdom

ⁱ Im Oktober 2015 veröffentlichte die OECD die „Aktion 13“ im Rahmen des BEPS-Aktionsplans zur CBCR. Im Jahr 2016 verabschiedete die EU das CBCR für die EU-Steuerverwaltung in der DAC IV-Richtlinie, welche die Steuerverwaltungen

verpflichtet, die Informationen automatisch auszutauschen. Die öffentliche CBCR ist eine eigenständige Gesetzgebung, die einige der Ziele der DAC4-Richtlinie und der OECD BEPS „Aktion 13“ teilt und zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Gewinnverlagerung beiträgt. Sie geht aber darüber hinaus und verfolgt umfassendere politische Ziele, um der Notwendigkeit einer größeren öffentlichen Transparenz gerecht zu werden.

ⁱⁱ Die öffentliche CBCR kann die Bemühungen der Steuerbehörden unterstützen, die Steuervermeidung durch die MNCs auf eine Weise anzugehen, die die nicht-öffentliche CBCR nicht kann. Erstens ist die Steuerumgehung durch multinationale Unternehmen oft nicht illegal, und deshalb kann es schwierig sein, sie durch Strafverfolgung zu stoppen. Zweitens ist die Verfolgung der Vermeidung von Unternehmenssteuern vom politischen Willen abhängig, welcher wiederum von der öffentlichen Wahrnehmung beeinflusst wird. Wenn die Informationen streng vertraulich sind, ist die Möglichkeit des Steuerverwalters, Fälle von Steuerhinterziehung mit anderen Experten und Steuerverwaltungen zu besprechen, stark eingeschränkt. Die öffentliche CBCR würde es den Steuerverwaltungen ermöglichen, von der öffentlichen Unterstützung zur Beendigung der Steuerumgehung von Unternehmen zu profitieren. Darüber hinaus kann die öffentliche Überprüfung von Informationen durch Journalisten und der Zivilgesellschaft dazu beitragen, Fälle zu identifizieren, in denen multinationale Unternehmen an fragwürdigen Steuerpraktiken beteiligt sind.

ⁱⁱⁱ Entwicklungsländer sind besonders von der Steuerumgehung betroffen, weil das bestehende System des automatischen Informationsaustauschs dazu führt, dass Steuerverwaltungen der Entwicklungsländer deutlich weniger Zugang zu wichtigen Informationen über multinationale Unternehmen haben. Länderspezifische Informationen aus dem öffentlichen CBCR würden den Interessengruppen in Entwicklungsländern helfen, schädliche Steuerpraktiken anzugehen.

^{iv} Richtlinie 2013/36/EU über die Aufnahme der Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (CRD IV).

^v Siehe beispielsweise die Jahresabschlüsse von Vodafone mit der Berichterstattung nach Ländern:

<https://www.vodafone.com/content/index/about/sustainability/operating-responsibly/tax-and-our-contribution-to-economies.html>

^{vi} GRI 207 standard, Global Reporting Initiative. https://www.globalreporting.org/standards/media/2369/item_04_-_final_version_of_gri_207_tax_2019.pdf

^{vii} Quelle: Cobham/Jansý (2017) „Global Distribution of Revenue Loss from Tax Avoidance“, verfügbar unter:

<https://www.wider.unu.edu/sites/default/files/wp2017-55.pdf>

^{viii} <https://missingprofits.world>.

^{ix} Ergebnisse des Forschungsdienstes des Europäischen Parlaments auf der Grundlage von Eurobarometer 85.1-2016 und 89.2 - 2018. Siehe Europäisches Parlament, Delivering on Europe, Bürgermeinung zur aktuellen und zukünftigen EU-Aktion, 2018, verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2018/delivering_on_europe_citizens_views_on_current_and_future_eu_action/report.pdf

^x Dieser Vorschlag enthält noch wesentliche Lücken. Die wichtigsten Empfehlungen der Zivilgesellschaft zur Verbesserung und Stärkung des Kommissionsvorschlags sind im folgenden Dokument enthalten:

<https://drive.google.com/file/d/1wSlgRJnFD438nPQrHWItSmltDtSZ4c4U/view?usp=sharing>